

Leistung und Sicherheit.



Regierungsprogramm 2002–2006

Zeit für Taten.

CDU

Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

Sie arbeiten hart für Ihre Zukunft. Deshalb haben Sie eine Regierung verdient, die hart für Sie arbeitet und unser Land effektiv führt.

Diesem Anspruch wird die rot-grüne Bundesregierung nicht gerecht. Die Bilanz von Gerhard Schröder ist verheerend: mehr als vier Millionen Arbeitslose, ein Gesundheitswesen am Abgrund, gestiegene Steuern und Abgaben. Unter Rot-Grün ist Deutschland wirtschaftlich zum Schlusslicht in Europa geworden.

Zu Recht sind viele Menschen in unserem Land enttäuscht – sie haben mehr verdient! Nach vier Jahren Rot-Grün braucht Deutschland den Wechsel! Es ist Zeit für Taten!

Mit unserem Regierungsprogramm 2002–2006 legen CDU und CSU Ihnen ein klares Konzept für die Modernisierung Deutschlands vor. Wir wollen die Leistungskräfte, die in unserem Land und seinen Menschen stecken, freisetzen.

Unsere Konzepte dazu lauten: Weniger Steuern und Abgaben, mehr Netto für alle – damit schaffen wir mehr wirt-

schaftliche Dynamik. Weniger bürokratische Bevormundung, mehr Freiheit für unternehmerische Kreativität – damit stärken wir Mittelstand und Existenzgründer, die Jobmotoren in unserem Land. „3 x 40“ lautet unser Programm für einen neuen Aufschwung in Deutschland: wir wollen den Spitzensteuersatz, die Sozialversicherungsbeiträge und die Staatsquote, also den Anteil der öffentlichen Ausgaben an der gesamtwirtschaftlichen Leistung, schrittweise auf jeweils unter 40 % senken. Damit werden wir langfristig die Leistungskraft unseres Landes stärken.

Mehr wirtschaftliche Leistungskraft ist die finanzielle Grundlage für mehr Sicherheit: Sicherheit im Alter durch eine stabile Rente, Sicherheit für kranke Menschen durch Spitzenmedizin für alle, Sicherheit für Familien durch unser neues Familiengeld und verlässliche Kinderbetreuungsangebote, Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger durch eine starke und gut ausgerüstete Polizei und Bundeswehr.

Leistung und Sicherheit – das sind unsere Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft.

Sagen Sie es weiter:

Es ist Zeit für Taten. Es ist Zeit für die Union.



A handwritten signature of Angela Merkel in blue ink, written in a cursive style.

Dr. Angela Merkel
Vorsitzende der CDU Deutschlands



A handwritten signature of Edmund Stoiber in blue ink, written in a cursive style.

Dr. Edmund Stoiber
Ministerpräsident von Bayern
Kanzlerkandidat der Union

Leistung ist der erste Schlüssel für die Zukunft.

Leistung muss sich wieder lohnen. Deshalb senken wir die Steuern – vor allem für Normalverdiener. Und wir sorgen dafür, dass jeder seine Steuererklärung wieder selbst machen kann.

■ Wir werden unser Steuersystem für alle Menschen in unserem Land einfacher, niedriger und gerechter machen – mit einer großen Steuerreform zum 1. Januar 2004. Normalverdiener werden dann nicht mehr wie bisher Steuern fast wie ein Spitzenverdiener zahlen müssen. Für alle Menschen mit kleineren Einkommen werden wir den Einkommenssteuersatz mittelfristig und schrittweise auf unter 15 % drücken. Auch die, die gut verdienen, werden wir schrittweise entlasten – indem wir den Einkommensteuersatz auf unter 40 % senken.

■ Leistung muss sich endlich wieder lohnen – auch für die Mittelständler, Selbstständigen und Existenzgründer in unserem Land. Wir werden dafür sorgen, dass Personen- und Kapitalgesellschaften endlich gleichermaßen gerecht besteuert werden.

■ Eine Abschaffung des Ehegatten-Splittings wird es mit uns ebenso wenig geben wie eine Erhöhung der Erbschaft- und Schenkungsteuer.



Wir werden uns dafür einsetzen, dass Nebenjobs sich wieder rechnen. Deswegen führen wir die „400-Euro-Jobs“ ein – für Arbeitnehmer steuerfrei.

■ Rot-Grün hat die „630-Mark-Jobs“ de facto abgeschafft – und damit hunderttausenden von Menschen die Chance genommen, nebenbei etwas zu verdienen. Besonders betroffen davon sind auch mittelständische Unternehmen, Vereine und Kirchen: Sie alle sind dringend darauf angewiesen, Mitarbeiter unbürokratisch auf Stundenbasis beschäftigen zu können.

■ Wir werden die „630-Mark-Jobs“ in noch attraktiverer Form wieder einführen – als „400-Euro-Jobs“. Der Vorteil für Arbeitnehmer: Sie werden bei den „400-Euro-Jobs“ keine Steuern zahlen müssen – Nebenjobs rechnen sich damit endlich wieder.

■ Die Arbeitgeber zahlen bei den „400-Euro-Jobs“ lediglich 20 % Pauschalsteuer. Der bisherige bürokratische Aufwand entfällt.

Wer arbeitet, soll mehr Geld in der Tasche haben als wenn er nicht arbeitet. Wir werden sicherstellen, dass auch einfache Jobs wieder mehr Geld einbringen als Sozialleistungen.

■ Wir werden gezielt Jobs im gesamten Niedriglohnbereich fördern – und damit Anreize schaffen, eine Arbeit mit kleinem Einkommen anzunehmen.

■ Wer mehr als 20 Stunden pro Woche arbeitet und dabei zwischen 401 und 800 Euro verdient, wird weniger Sozialversicherungsbeiträge zahlen müssen. Davon werden alle Beschäftigten mit kleineren Einkommen profitieren.

■ Für alle, die arbeitslos sind, werden wir Anreize schaffen, eine Arbeit anzunehmen: Indem sie eine Aufstockung auf ihren Lohn erhalten, wenn der unter ihren bisherigen Sozialleistungen liegt.



Wir sorgen für weniger Bürokratie beim Arbeitsmarkt. So machen wir es leichter, Jobs zu schaffen – und Jobs zu finden.

■ Wir werden neue Arbeitsplätze schaffen, indem wir den Arbeitsmarkt modernisieren und öffnen. Wir brauchen weniger Bürokratie und mehr Flexibilität – für Arbeitnehmer und für Betriebe.

■ Wir werden die Maßnahmen der rot-grünen Koalition stoppen, die viele Tausende Arbeitsplätze in Deutschland gekostet haben. Deshalb werden wir das Gesetz gegen „Scheinselbstständigkeit“ abschaffen und die Rahmenbedingungen für Zeitarbeit verbessern. Den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit wollen wir auf Mütter und Väter sowie pflegende Angehörige beschränken.

■ Das Betriebsverfassungsgesetz werden wir modernisieren. Und wir werden überall da, wo es nötig und sinnvoll ist, dafür sorgen, dass Verfahren schneller werden.

Wer arbeiten will, wird fit gemacht für eine neue Stelle. Wer arbeitslos ist und arbeiten kann, bekommt nur dann Hilfe vom Staat, wenn er sich aktiv um eine Stelle bemüht.

■ Wir fördern alle, die etwas leisten wollen. Und wir fordern von allen, die Leistungen von der Gemeinschaft empfangen, dass sie sich aktiv um eine Arbeit bemühen. Wer arbeiten kann, soll im Fall von Arbeitslosigkeit nur dann die volle Unterstützung des Staates bekommen, wenn er nachweisbar nach Arbeit sucht, Weiterbildungskurse belegt oder gemeinnützige Arbeit leistet. Arbeitslose Ausländer sollten – bei nicht ausreichenden Sprachkenntnissen – einen Deutschkurs absolvieren.

■ Wir wollen aus Arbeitslosen wieder Arbeitnehmer machen. Wer arbeiten will, den machen wir fit für eine neue Stelle – mit Weiterbildungsangeboten und gezielten Hilfen zur Rückkehr in den Job. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind dabei aber nur in Ausnahmefällen ein sinnvoller Weg.

■ Die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe werden wir zusammenführen. Die Aufgaben der Arbeits- und Sozialämter müssen neu organisiert und in „Job-Centern“ aufeinander abgestimmt werden.





Die Schulen und Hochschulen werden wir wieder erstklassig machen. Wir sorgen für mehr Wettbewerb in unserem Bildungswesen – und schaffen damit mehr Qualität und Leistung.

■ Schulen sollen Leistung fordern und fördern. In den Stundenplänen müssen Mathematik, Naturwissenschaften und Wirtschaft eine größere Rolle spielen. Religionsunterricht muss seinen festen Platz behalten. Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte.

■ Die ZVS (Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen) wollen wir abschaffen – damit die Hochschulen ihre Studenten und die Studenten ihre Hochschule künftig wieder selbst aussuchen können. Die Studienzeiten müssen kürzer werden. Und wir werden die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft unterstützen, damit Entdeckungen und neue Verfahren schneller in deutsche Spitzenprodukte umgesetzt werden können.

■ Was in der Schule und danach in Ausbildung oder Studium gelernt wird, reicht heute nicht mehr für ein ganzes Berufsleben. Deshalb werden wir Weiterbildungsangebote fördern und ihre Qualität durch eine „Stiftung Bildungstest“ sichern.

Wir sorgen für bessere Verkehrswege – und stoppen die weitere Erhöhung der unsinnigen „Öko“-Steuer.

■ Autofahren muss für alle bezahlbar bleiben. Deshalb werden wir die von Rot-Grün vorgesehene weitere Erhöhung der „Öko“-Steuer ab 2003 stoppen. Mittelfristig wollen wir die unsinnige „Öko“-Steuer abschaffen und durch eine faire und mit den übrigen EU-Ländern abgestimmte schadstoffbezogene Abgabe ersetzen.

■ Mit neuen Straßen sorgen wir für weniger Stau. Mobilität ist für uns Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Deshalb werden wir konsequent in bessere Infrastrukturen für den Verkehr investieren, vor allem beim Straßenbau.

■ Unser Ziel: Schluss mit Stau und stockendem Verkehr – und besserer Service bei der Bahn durch mehr Wettbewerb auf der Schiene. Der Transrapid soll auch in Deutschland fahren.



Sicherheit ist der zweite Schlüssel für die Zukunft.

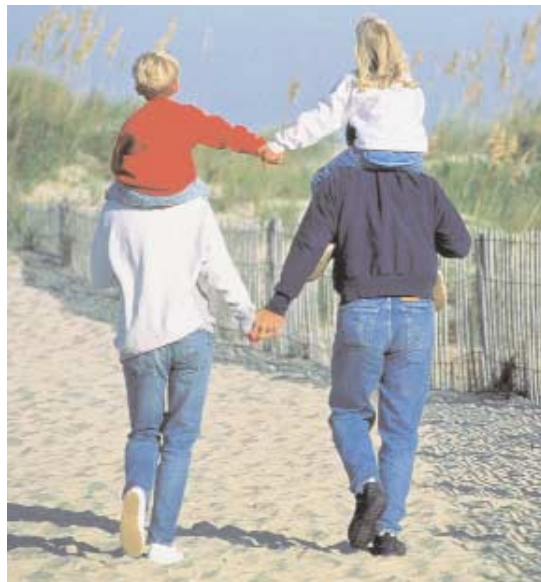
Wir tun was für alle Familien – indem wir schrittweise ein Familiengeld einführen. So holen wir Kinder aus der Sozialhilfe heraus.

■ Ab 2004 werden wir mit der Einführung eines Familiengeldes beginnen. Für jedes Kind unter drei Jahren erhalten Eltern 600 Euro Familiengeld pro Monat. Für jedes Kind ab drei bis unter 18 Jahren werden 300 Euro pro Monat gezahlt. Für Kinder ab 18 Jahre, die sich in Ausbildung befinden, bekommen Eltern 150 Euro (170 Euro ab dem vierten Kind).

■ Bei den Beiträgen zur Sozialversicherung wollen wir Eltern durch einen Kinder-Bonus für jedes Kind entlasten. Auch damit werden wir ein deutlich besseres Klima für Kinder in unserem Land schaffen. Familie und Beruf werden durch das Familiengeld besser miteinander vereinbar sein.

■ Wir werden außerdem die Betreuungsangebote für Kinder insbesondere an den Schulen verbessern und dafür sorgen, dass schon ab 2003 deutlich mehr Kosten für

die Kinderbetreuung bei der Steuer geltend gemacht werden können. Wir treten dafür ein, die Familienberatung auszubauen: Wir lassen die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder nicht allein.



Wir werden das Vertrauen in die Altersvorsorge wieder herstellen. Wir machen eine verlässliche Rentenpolitik und fördern die private Vorsorge aller Bürger.

■ Die rot-grüne Renten-„Reform“ ist auf der Grundlage unehrlicher Berechnungen durchgepeitscht worden. Mit Zahlentricks hat Rot-Grün den Bürgern ein Renten-Niveau von 68 % vorgegaukelt – tatsächlich wird es aber bei nur 64 % liegen. Versprochen – Gebrochen: Das gilt bei Rot-Grün auch für die Höhe der Beitragssätze, die steigen werden, anstatt wie versprochen zu sinken. Das wird mit uns keinen Bestand haben.

■ Wir werden eine solide Rentenreform durchführen – mit einer verlässlichen Rentenformel und realistischen Annahmen über die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung. Wir werden Sorge tragen, dass die gesetzliche Rentenversicherung stabilisiert wird – durch eine bessere Arbeitsmarktpolitik, kürzere Ausbildungszeiten und eine Abkehr vom Trend zur Frühverrentung. Mit der Benachteiligung von Frauen bei der Rente machen wir Schluss.

■ Wir werden außerdem eine neue Balance schaffen zwischen den drei Säulen der Altersvorsorge: Neben der gesetzlichen Rentenversicherung und der betrieblichen Altersvorsorge werden wir die zusätzliche private Vorsorge fördern: Damit – anders als bei der „Riester-Rente“ – auch wirklich alle Bürger davon profitieren können.



Wir sorgen für bezahlbare Gesundheit – und machen Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland. Dabei setzen wir auf mehr Wettbewerb unter den Krankenversicherungen.

■ Das Gesundheitssystem in Deutschland ist in der Krise, weil Rot-Grün keine Reformen angepackt hat. Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sind deswegen auf durchschnittlich 14 % explodiert. Gleichzeitig erleben immer mehr Menschen, dass ihnen als Patient Arzneien und Leistungen verweigert werden – und dass sie bei Behandlungen lange Wartezeiten hinnehmen müssen.

■ Wir werden dafür sorgen, dass Gesundheit für alle bezahlbar bleibt – indem wir mehr Wettbewerb und bessere Leistungen bei der Krankenversicherung möglich machen. Dabei werden wir die Patienten in den Mittelpunkt stellen und ihnen mehr Möglichkeiten zur Mitsprache schaffen. Was medizinisch notwendig ist, muss auch tatsächlich geleistet werden.

■ Den Versicherten bei den gesetzlichen Krankenkassen werden wir mehr Wahlfreiheit bei ihrer Versicherung geben: Wer die Versicherung in vollem Umfang behalten will, zahlt die vollen Beiträge – wer zu mehr Eigenvorsorge bereit ist, zahlt weniger Beiträge.



Wir stehen für „Null Toleranz“ gegenüber Verbrechen.

■ Wir wollen, dass sich alle Menschen in Deutschland sicher fühlen können. Die Polizei muss im Straßenbild sichtbar sein, gefährliche Orte sind mit Videokameras zu überwachen. Der Polizei und der Justiz sagen wir unsere volle Unterstützung zu.

■ Wir wollen, dass Eltern ihre Kinder ohne Angst vor Drogen in die Schule oder in die Disco gehen lassen können. Die Strafen für Drogendealer werden wir drastisch verschärfen. Bei allen Straftaten mit sexuellem Hintergrund werden wir eine DNA-Analyse vorschreiben, um Täter schneller zu überführen und besser abzuschrecken. Die Ereignisse von Erfurt müssen Anlass für eine deutliche Verschärfung des Waffenrechts sein. Wir werden uns auch gegen immer hemmungslosere Gewaltdarstellungen in den Medien einsetzen.

■ Die Abschiebung straffällig gewordener Ausländer werden wir erleichtern und beschleunigen und die rechtlichen Voraussetzungen für eine Verbüßung der Haft im Herkunftsland verbessern. Für uns steht nicht die Sorge um den Täter im Mittelpunkt, sondern der Schutz der Bürger und die Not der Opfer.



Wir werden Zuwanderung im Interesse unseres Landes steuern und begrenzen. Von Zuwanderern erwarten wir die Bereitschaft, sich zu integrieren.

■ Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in unserem Land ist mehr Zuwanderung nicht zu verantworten. In den vergangenen Jahren sind bereits deutlich mehr Ausländer in unsere Sozialsysteme zugewandert als in Arbeitsplätze. Wir werden nach der Wahl die falschen Weichenstellungen von Rot-Grün umgehend korrigieren.

■ Das Nachzugsalter für Kinder werden wir auf das sechste, höchstens das zehnte Lebensjahr begrenzen. Leistungen, die wir Asylbewerbern gewähren, dürfen kein Anreiz sein, nach Deutschland zu kommen statt in ein anderes europäisches Land. Bei der Flüchtlingspolitik werden wir uns für eine faire Lastenverteilung in Europa einsetzen.

■ Wir wollen, dass Deutschland seine Identität bewahrt. Es kann nicht sein, dass Ausländer in „Parallelgesellschaften“ neben statt mit den Deutschen leben. Rot-Grün kümmert sich nicht um die Integration der Ausländer und lässt die Länder und Kommunen auf den Folgekosten sitzen. Wir werden ausländische Mitbürger mit ganzer Kraft bei der Integration in unsere Gesellschaft unterstützen.

Zugleich erwarten wir von ihnen, dass sie bereit sind, Deutsch zu sprechen und unsere Gesetze, Traditionen und Werte zu akzeptieren.



Wir schaffen neuen Schwung beim Aufbau Ost – durch schnellere Verfahren und gezielte Investitionen in bessere Verkehrsverbindungen.

■ Wir werden den Menschen in den neuen Ländern eine neue, eigene Perspektive geben – und damit den verhängnisvollen Trend zur Abwanderung in die alten Länder stoppen. Mit einem Sonderförderprogramm sorgen wir für bessere Verkehrsverbindungen – auf der Straße und auf der Schiene. Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit werden wir entschlossen vorantreiben. Zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung werden wir ein nationales Programm zur Förderung der Grenzregionen auflegen.

■ Durch den Abbau von Bürokratie werden wir es den Unternehmen leichter machen, in Ostdeutschland zu investieren: Für den Mittelstand werden wir eine Existenzgründer-Offensive einleiten. Selbstständige, vor allem Bauhandwerker, müssen besser vor schlechter Zahlungsmoral geschützt werden.

■ Die Hochschulen, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen werden wir ausbauen und damit Innovationen mehr Raum geben. Die Zusammenarbeit zwischen der Forschung und vor allem kleinen und mittleren Unternehmen werden wir fördern.



Wir machen die Bundeswehr wieder fit – und sorgen für einen angemessenen Verteidigungshaushalt. Unsere Soldaten müssen für internationale Einsätze endlich ausreichend gerüstet sein.

■ Wir werden die Bundeswehr wieder voll einsatz- und bündnisfähig machen. Denn Rot-Grün hat die Bundeswehr auf unverantwortliche Weise vernachlässigt. Unsere Soldaten sind zwar zu immer mehr Auslandseinsätzen geschickt worden – zugleich hat Rot-Grün aber immer weniger Geld für die Bundeswehr zur Verfügung gestellt.

■ Wir werden dafür sorgen, dass die Bundeswehr ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen kann. Deutschland muss in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie in der NATO eine angemessene Rolle einnehmen. Wir wollen eine 300.000 Mann starke Bundeswehr – 100.000 davon sollen Wehrpflichtige sein, bei einer Wehrdienst-Dauer von neun Monaten.

■ Wir werden uns für eine Bundeswehr einsetzen, die gewappnet ist für die Abwehr neuer Gefahren vor allem durch den internationalen Terrorismus – und die bei besonderer Gefahr auch im Inneren eingesetzt werden kann. Und wir werden dafür sorgen, dass die Angehörigen der Bundeswehr ihrer politischen Führung wieder vertrauen können.



Herausgeber:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Marketing und Interne Kommunikation
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Telefon 030-22070-0
Telefax 030-22070-111

E-Mail: post@cdu.de
www.cdu.de

100/0602
Bestell Nr. **5933**
